



## Das Märchen von der goldenen Vergangenheit

*Krieg, Klimakrise, Inflation: In Krisenzeiten werden Menschen nostalgisch. Dieses Gefühl nutzt niemand so erfolgreich für sich wie rechte Populisten. Eine Reise, die auch Hoffnung macht, durch Europa vor der Wahl.*

Von Nadia Pantel, Der Spiegel, 01.06.2024

Ach, ach, die Brüsseler Bürokratie. So abstrakt und so weit vom Alltag der Menschen entfernt. Seufzend bedauern Politiker regelmäßig, dass die Vorzüge der EU für die wenigsten Bürger konkret spürbar seien. In Stiring-Wendel trifft das nicht zu: Man kann hier in den Bus steigen, 2,10 Euro zahlen, und 15 Minuten später ist man im deutschen Saarbrücken. Nach Luxemburg braucht man weniger als eine Stunde. Das Pendeln in die Nachbarländer ist selbstverständlich, ob zum Arbeiten oder zum Einkaufen. Ohne Grenzkontrollen passieren zu müssen und ohne Geld zu tauschen.

Doch Daniel Enkler sitzt in Stiring-Wendel in der Brasserie Chez Alex an der Theke, trinkt einen Pastis und sagt: »Das ist hier die totale Tristesse.« Hinter und neben ihm ist jeder Platz besetzt, das Cordon bleu ist schon ausverkauft. Sollte das hier die totale Tristesse sein, ist sie immerhin gut besucht.

Enkler winkt ab. Früher, in den Neunzigerjahren, habe es nicht nur dieses eine Restaurant in Stiring-Wendel gegeben, sondern mehr als 30. Heute haben sie im Schuhgeschäft aufgehört, Kinderschuhe zu verkaufen, es lohnt sich nicht mehr. Stattdessen Pantoffeln für ältere Füße.

Auch Enkler ist schon 70 Jahre alt, er hat sich gerade von einer langen Krankheit erholt, nun geht es bergauf. Fitnessstudio, viel Gemüse und, weil man es nicht übertreiben muss, Rotwein zum Salat. Wenn Enkler von seinem Leben erzählt, klingt er zufrieden. Er wohnt in Stiring-Wendel, Lothringen, Ostfrankreich, 11.000 Einwohner,



fünf Kilometer bis zur deutschen Grenze. Seine Kinder und Enkelkinder sind gesund, Haustiere sind auch da, und auf den Salat im Chez Alex wird großzügig gebratener Speck gestreut.

Und doch hat Enkler da dieses Gefühl, dass es ihm und seinem Ort einmal besser ging.

Stiring-Wendel, sagt Enkler, das war die Mine. Sein Großvater war Bergmann, sein Vater ebenfalls. In seiner Jugend hörte er immer wieder den gleichen Satz: Entweder du lernst etwas, oder du fährst auch da runter. Enkler studierte, wurde - Informatiker. Der Job habe ihm gut gefallen, aber es war eben nur ein Job. Die Mine hingegen, das war wie ein kleiner Staat im Staat.

Vor 20 Jahren wurde in der Zeche La Houve, gleich neben Stiring-Wendel, die letzte Ladung französische Kohle ans Tageslicht befördert. Damals endete die Epoche, in der in Lothringen die Grundvoraussetzungen für das heutige Europa geschaffen wurden. Die Ruinen des Zweiten Weltkriegs waren noch nicht geräumt, da wurde für die Bergbaureviere Westeuropas die Montanunion gegründet. Sie ordnete die Kohle- und Stahlindustrie in Deutschland, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten einer supranationalen Behörde unter. Den Sinn dieser Entscheidung musste man damals nicht lange erklären, jeder wusste noch, wie nationalistische Konkurrenz dazu führen kann, dass der Vater oder der Sohn nie mehr nach Hause zurückkommt.

In Stiring-Wendel zeigt sich beides deutlich. Das Wunder der europäischen Einigung als Antwort auf zwei Weltkriege. Und ein europäischer Alltag, der ganz nebenbei Grenzen überwindet. In einem Anflug von Rührseligkeit könnte man Stiring-Wendel zum Herzen Europas ausrufen.

»Pff, ja, vielleicht«, sagt Daniel Enkler vor seinem Salat am Tresen. Dann sitzt er hier halt im Herzen. Und seine Botschaft an Kopf und Hände, ob in Paris oder Brüssel, lautet: Wir sind müde, und wir haben keine Lust mehr.

Von Wahl zu Wahl steigen in Stiring-Wendel und in den Nachbargemeinden die Zustimmungswerte für Marine Le Pens rechtsradikalen Rassemblement National. Würde Frankreich wählen wie Stiring-Wendel, wäre Le Pen seit 2017 Präsidentin. Man könnte Stiring-Wendel einfach als einen Ort betrachten, an dem die Gegenwart



vorbeigezogen ist. Bergbausentimentalität, die keine politische Relevanz mehr hat. Wäre da nicht das Problem, dass inzwischen weite Teile Europas von der gleichen Gegenwärterschöpfung erfasst zu sein scheinen wie dieses Dorf im Osten Frankreichs.

Europa 2024 in den Wochen vor der Wahl: Dem Kontinent, der sich eigentlich immer dadurch auszeichnete, sicherer und bequemer zu sein als alle anderen, rückt die unübersichtliche Welt immer mehr auf die Pelle. »Polykrise« nennen das Experten. »Wir erkennen unser Land nicht wieder«, sagen Menschen nicht nur in Stirling-Wendel, sondern auch in Italien, Polen, den Niederlanden oder in Tschechien. Die dominanten Gefühle sind Unsicherheit und Pessimismus. Und niemand reagiert darauf so erfolgreich wie die neuen Rechten. Sie lenken die Debatten weg von Auseinandersetzungen über die Zukunft und beschwören stattdessen eine goldene Vergangenheit. Auf einer Reise, die von Lothringen über Südholland und Brüssel bis nach Danzig führt, ist zu sehen, wie die Nostalgie zum politischen Instrument der Stunde geworden ist. Und man spürt gleichzeitig, dass es Menschen gibt, die an Idealismus und Zuversicht festhalten und die nicht bereit sind, in den großen Niedergangsschritt mit einzustimmen.

In den Niederlanden, in Belgien und in Frankreich führen nationalistische Parteien in den Umfragen. EU-weit werden Zugewinne für die Rechten erwartet. Nach der Wahl am 9. Juni dürften die zwei Fraktionen der Populisten und EU-Skeptiker im Parlament deutlich anwachsen. Das wird eine humane Migrationspolitik und einen entschiedenen Kampf gegen den Klimawandel erschweren. Und es wird die politische Kultur beschädigen, wenn immer mehr Menschen in einem Parlament sitzen, gegen dessen bloße Existenz sie zuvor gegiftet haben.

Seit die deutsche AfD wegen ihrer Radikalität und ihres Dilettantismus von Europas Rechten ausgeschlossen wurde, ist überdeutlich, wie zerstritten die Populisten sind. Sie haben weder zu Putins Russland noch zur Flüchtlingsverteilung eine gemeinsame Position. Doch die brauchen sie auch nicht, um Wahlrekorde zu brechen. Selbst wenn Nationalisten wie Frankreichs Marine Le Pen, Ungarns Viktor Orbán und der Niederländer Geert Wilders sich gern gemeinsam fotografieren lassen, lautet ihr Versprechen nicht: Gemeinsam rücken wir nach rechts. Sondern: jeder für sich allein nach vorn.



Und dort, wo sie dieses Vorn verorten, liegt die große Gemeinsamkeit der neuen Rechten. Das alte sozialistische Vorwärts ist kaputt. Früher wählten die Arbeiter in Stiring-Wendel gemäßigt links bis kommunistisch. Heute wählen ihre Kinder Le Pen. Und für die liegt die Zukunft in einer Vergangenheit, die es so schön nie gab.

Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman prägte 2017 den Begriff »Retrotopia«, der geholfen hat, das »Again« in Donald Trumps »Make America Great Again« zu erklären. Der Traum von einer gerechteren Zukunft werde durch die Sehnsucht nach einem ideologisch aufgeladenen Gestern abgelöst. Baumann spricht von der »Ära der Nostalgie«.

2023 gewann der bulgarische Autor Georgi Gospodinov den renommierten International Booker Prize mit seinem Roman »Zeitzuflucht«, der Baumanns Diagnose wörtlich nimmt. In »Zeitzuflucht« ist den Menschen ihre Gegenwart so zuwider, dass in allen europäischen Ländern Referenden darüber abgehalten werden, in welche Zeit man gemeinsam, als Nation, nicht als Union, zurückkehren möchte. »Da ein Europa der Zukunft nicht länger möglich ist, lasst uns ein Europa der Vergangenheit wählen«, schreibt Gospodinov. Im Schweden seines Romans gibt es Streit, weil sich die Menschen vor lauter schönen Erinnerungen für kein Lieblingsjahrzehnt entscheiden können. In Rumänien stellt man deprimiert fest, dass es schwierig wird, ein gut vermarktbare Gestern zu finden. Das Buch endet mit »dem größten militärischen Reenactment aller Zeiten«, mit nachgeschneiderten Wehrmantsmänteln und echten Toten.

Gospodinov entwickelt eine böse Parodie auf die aktuelle »Zukunftsphobie«, wie er es nennt. Der deutsche Soziologe Andreas Reckwitz geht nüchterner vor und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Seine Diagnose lautet: Wir leben in einer Zeit der eskalierenden Verlusterfahrungen und Verlustängste. Kriege, Klimawandel, Vereinzelung. Die Sehnsucht nach ruhigeren Zeiten wächst nicht ohne Grund.

Diese rückwärts gerichtete Wehmut nutzt zurzeit niemand so erfolgreich für sich wie rechte Populisten. Frankreichs Rassemblement National verspricht im aktuellen Wahlkampf: »La France revient, l'Europe revit«, Frankreich kommt zurück, Europa erwacht wieder zum Leben. Giorgia Meloni wurde 2022 in Italien Premierministerin,



nachdem sie unter dem Motto »Bereit, Italien wieder aufzurichten« durchs Land gereist war. In den Niederlanden gewann Geert Wilders mit dem Versprechen »Niederländer wieder auf Platz eins« im November 2023 die Parlamentswahl. Jedes EU-Mitgliedsland hat seine eigene Version von »Make America Great Again« entwickelt. Die AfD beschränkte sich im Bundestagswahlkampf 2021 auf den Slogan: »Deutschland. Aber normal« – das Versprechen, Deutschland »wieder groß« zu machen, hätte in Europa dann doch zu viele böse Erinnerungen geweckt.

Die rechten Vordenker sprechen deutlich seltener vom Austritt aus der EU oder dem Euro, ihre Rhetorik ist softer und emotionaler geworden. Sie lautet: Lasst uns die Türen zur Welt schließen, damit wir uns wieder um uns selbst kümmern können. Was am Ende zwar auch nur wieder bedeutet: Wir haben nicht vor, uns an die EU-Verträge zu halten. Nur klingt es fürsorglicher, beinahe sozialistisch. Mit der klaren Ansage, dass der Wohlfahrtsstaat streng sortieren muss, wer zum Volk gehört und wer nicht.

Wie weit dieser weiche Trumpismus in der gesellschaftlichen Mitte angekommen ist, spürt man zum Beispiel auf dem Marktplatz von Puttershoek, eine halbe Stunde Autofahrt von Rotterdam entfernt. Kanäle und Windmühlen. Südholland.

Während das ostfranzösische Stiring-Wendel ein Symbol der Deindustrialisierung ist, behauptet sich Südholland wirtschaftlich als globaler Player. Doch hier siegen die Populisten inzwischen ebenso wie im müde gewordenen Herzen Europas. Bei der niederländischen Parlamentswahl im vergangenen November holte Geert Wilders in der Gemeinde Hoeksche Waard, zu der das Dorf Puttershoek gehört, 27,6 Prozent der Stimmen, ein Anstieg von 16 Prozentpunkten im Vergleich zur vorigen Wahl. Ein großer Anteil der Stimmen für Wilders kam von Bürgern, die vorher Mitte-rechts gewählt hatten.

Auf dem Marktplatz sind Kinder mit ihren Laufrädern unterwegs, Bauern verkaufen Obst und Gemüse aus der Region. Auf der Kirche am Deich glänzt der Messinghahn frisch poliert.

Am Fischstand warten Mattjin den Angen und Mohammed Bouchtoubi auf Frittiertes, aus der Bäckerei kommt gerade Karen Baltja, alle sind sich einig: Hier kann man gut leben. Dennoch finden den Angen und Bouchtoubi, dass es früher besser war.



Sie sind Mitte zwanzig, beide tragen die gleichen schwarz-weißen Basketballschuhe. Sie spüren, sagen sie, wie sie und ihre Freunde sich immer weniger leisten können, wie alles teurer wird, und sie wollen, dass der niederländische Staat klare Prioritäten setzt. Weniger Geld ausgeben für Dinge, die sie als die Probleme anderer empfinden, den Krieg in der Ukraine zum Beispiel, und lieber dafür sorgen, dass es ihnen, hier auf der Insel Hoeksche Waard, gut geht. So wie Geert Wilders es vorschlägt. Als Muslim würde ihn Wilders' Rassismus zwar stören, sagt Bouchtoubi. Aber es sei eben einfach so, dass immer weniger Leute aushalten wollen, dass jemand anders aussieht.

Karen Baltja ist 59 Jahre alt und nach Puttershoek gezogen, weil es ihr in Rotterdam zu hektisch geworden war. Sie fragt sich, ob Wilders nicht recht habe, wenn er warnt, dass die EU den Niederländern ihre Identität nehme. Was genau diese Identität ausmache? »Dass jeder frei sagen kann, was er denkt«, sagt Baltja. Und: »Mein Bauchgefühl ist, dass wir uns selbst verlieren.«

Als die Niederländer am Abend des 22. November 2023 realisierten, dass bei der Parlamentswahl niemand so viele Stimmen geholt hatte wie der wegen rassistischer Volksverhetzung verurteilte Geert Wilders, begann eine aufgeschreckte Suche nach den Ursachen. Und viele griffen zu einem Buch, das bereits ein Jahr zuvor erschienen war und das damals als übertrieben pessimistisch galt. Es war der Essay »Eigen welzijn eerst« (Das eigene Wohlbefinden steht an erster Stelle) der Bestsellerautorin Roxane van Iperen. Der Untertitel lautet: »Wie die Mittelschicht ihre liberalen Werte verlor«.

Ein Videoanruf bei van Iperen. Sie verstehe, warum die Menschen sich unter Druck fühlen. Die Immobilienpreise hätten sich innerhalb einer Dekade verdoppelt, wer eine staatlich geförderte Wohnung wolle, warte darauf im Schnitt sieben Jahre, oft länger. Das Vertrauen in die öffentliche Bildungspolitik sei so rapide geschrumpft, dass immer mehr Eltern ihr Einkommen in Privatschulen investierten. An die Stelle staatlicher Fürsorge sei, so van Iperen, ein Gefühl ständiger Konkurrenz getreten. »Wir waren ein Land der Toleranz und der Solidarität, als die Mittelschicht noch an das Fortschrittsversprechen glaubte. Diese Sicherheit war die Voraussetzung für unsere Offenheit. Doch nun glauben die Menschen, dass Egoismus nötig ist, um voranzukommen.«



Auch van Iperen sieht ein nostalgisches Land: »Die Menschen sehnen sich zurück nach einem komfortablen Leben und nach dem Status, an den sie gewöhnt sind.« Es gehe nicht nur um Ökonomie, sagt van Iperen: »Man kann Wilders' Aufstieg nicht erklären, ohne den Rassismus in der Gesellschaft zu benennen.«

In der Vergangenheit, die Europas Rechte anbieten, stellen sich keine Migrations- und Integrationsfragen. Das Anwerben von sogenannten Gastarbeitern oder der brutale europäische Widerstand gegen die antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien kommen in diesen Erzählungen nicht vor. Über Migration wird erst gesprochen, wenn sie als Bedrohung empfunden wird. Und so wird Vergangenheitspolitik zur - Exklusionspolitik: Die Grenze zwischen »dem Volk«, das die Rechtspopulisten retten wollen, und »den anderen«, die Gefahr bedeuten, wird anhand der Herkunft gezogen.

Wobei sich auch die Definition von Gefahr verändert hat. Schaut man sich zum Beispiel Le Pens erfolgreiche Kampagnen der vergangenen Jahre an, dann fällt auf, dass es nicht mehr darum geht, dass Einwanderer der lokalen Bevölkerung die Jobs wegnehmen könnten. Denn tatsächlich sind unter Macron die Arbeitslosenzahlen stetig gefallen. Der Einwanderer ist weniger eine soziale denn eine kulturelle Bedrohung. Auf CNews, einer französischen Version der schrillen US-amerikanischen Fox News, laufen Bilder von randalierenden Vorstadtjugendlichen in Dauerschleife. Die gleichen Videos werden auch von Polens Rechten recycelt: Seht her, so verkommen ist das Leben im Westen inzwischen, weil in der liberalen EU niemand mehr für Ordnung sorgt. Selbst dort, wo nie ein Auto gebrannt hat, greift die Angst um sich.

Diese überdrehende Grundstimmung befeuert die kulturelle Nostalgie. War nicht alles mal gemächlicher? Bevor in den Niederlanden im vergangenen Herbst Geert Wilders triumphierte, erzielte die selbst ernannte Bauernbeschützerin Caroline van der Plas in den Provinzwahlen im März 2023 einen Überraschungserfolg. Ihr Programm lässt sich auf einen Kernsatz zusammenschrumpfen: Die Welt verändert sich zu schnell, und ich halte das für euch auf. Politisch eigentlich Stammterritorium der Konservativen. Nur dass Populisten sich, anders als die alten Volksparteien, von Wut ernähren, nicht von Beharrungskräften.



Das ist das Paradoxe dieser Nostalgiewelle: Die Neue Rechte verspricht die Rückkehr in eine friedliche Zeit – und ist dafür bereit, die bestehende Ordnung zu zerstören. Mit völlig offenem Ausgang.

Im Zentrum dieser bestehenden Ordnung liegt der Rond-Point Robert Schuman, der Kreisverkehr zwischen Europäischer Kommission und EU-Ratsgebäude. Man kann den Brüsseler Beamten und Politikern wenigstens geografisch nicht vorwerfen, dass sie sich in eine entrückte Idylle zurückgezogen hätten. Am europäischsten aller Kreisverkehre versperren Bauzäune den Blick, die Straße ist aufgerissen, Radfahrer trauen sich nur mit Warnweste ins Chaos. Hier wartet Pierre Dorac in einem Café. Der 42-jährige Wirtschaftswissenschaftler arbeitet seit 2007 als Beamter in den europäischen Institutionen. Aus Überzeugung. Er nennt die EU eine »Utopie im Aufbau«, sie ist für ihn immer noch ein großes Friedensprojekt.

Zugleich sieht er, dass die alten Gründungsmythen der EU auserzählt sind. »Wir haben so viel von den alten Kriegen geredet, dass die Wörter müde geworden sind«, sagt Dorac.

Er ist nicht nur Beamter, nach Feierabend ist er Autor. Dorac ist ein Pseudonym, das er sich 2016 zugelegt hat, um ein Drehbuch zu schreiben. Er hat die Eurokrise erlebt, die Flüchtlingskrise, die Brexitkrise. Kommentatoren warnten vor dem drohenden Untergang der EU. Der Alarmismus ging Dorac nicht nur auf die Nerven, er fand ihn auch kontraproduktiv. Und so entwickelte er gemeinsam mit zwei Kollegen die Fernsehserie »Parlament«. Sie sollte zeigen, was Dorac täglich in Brüssel und Straßburg erlebt: dass in den EU-Institutionen Menschen um konkrete politische Lösungen ringen. 2021 gewann die Serie den Grimme-Preis, gerade wurde die vierte Staffel abgedreht.

Die Zuschauer begleiten einen freundlich-ahnungslosen EU-Parlamentsmitarbeiter bei einer Art Schnitzeljagd durch die europäische Bürokratie. Es geht mal idealistisch zu, mal ein wenig korrupt, zwischendrin wird betrunken geknutscht, und am Ende hat man eine Ahnung davon, was »europäische Politik« in der Praxis bedeutet. Brüssel, das sind langwierige Entscheidungsprozesse und ein Balancieren zwischen nationalen Interessen und länderübergreifendem Denken. Brüssel



ist kein Apparat. Welche Entscheidungen getroffen werden, hängt von den Menschen ab, die dort arbeiten.

Er habe lange darüber nachgedacht, was der ideologische Kern des Rechtspopulismus sei, sagt Pierre Dorac. Und sei nur auf Widersprüche gestoßen. Die einen, zum Beispiel in Polen, kämpfen gegen Lesben und Schwule, während sich Wilders in den Niederlanden zum Fürsprecher der sexuellen Toleranz erklärt, die durch Muslime bedroht sei. Die einen, wie Le Pen, versprechen ein nationalistisches Wohlfahrtssystem, die anderen, wie die AfD, geben sich wirtschaftsliberal. Zusammengehalten werde diese programmatische Kakophonie nicht durch inhaltliche Kohärenz, sondern durch Stilfragen. »Populismus ist ein Genre«, sagt Dorac. »Und zwar ein Western.«

Le Pen, Wilders oder Orbán, all die prominenten EU-Gegner erzählten immer dieselbe Geschichte, sagt Dorac: »Ein unverdorbenes Held kommt ins korrupte Brüssel und räumt auf. Diese Story ist einfach und funktioniert sehr gut.« Die Herausforderungen für die Nichtpopulisten bestünden darin, das Funktionieren der EU ebenfalls in ein gutes Genre zu übersetzen. »Für das EU-Parlament bietet sich da eigentlich nur die Komödie an«, sagt Dorac.

In Brüssel hätten zunächst viele besorgt abgeraten von der Parlamentsserie. Als wäre die EU etwas Heiliges, das sich mit Slapstick beschädigen ließe. Doch gerade durch das Lachen, glaubt Dorac, entstehe, was zwischen Bürgern und EU sonst fehle: eine emotionale Verbindung. Die Nationalisten würden davon profitieren, dass jeder eine Vorstellung von Frankreich, Schweden oder Italien hat. Damit die Menschen beginnen können, auch mit den EU-Institutionen konkrete Bilder zu assoziieren, wird für »Parlament« in Verhandlungssälen, Kantinen und Hinterzimmern gefilmt. Man sieht Orte, die in der nachrichtlichen Brüssel-Berichterstattung verborgen bleiben.

Pro EU, kontra EU, diese Debatte sei ausdiskutiert. »Ich habe das Gefühl, die sogenannten EU-Gegner sind den EU-Freunden inzwischen intellektuell voraus«, sagt Dorac. Sie würden nicht mehr die EU-ja-oder-nein-Frage stellen, sondern darüber nachdenken, was sie von der EU wollen. »Wir müssen aufhören, unsere Zeit mit Fragen

zu verschwenden, deren Antwort wir schon kennen«, sagt Dorac, »die EU wird nicht mehr verschwinden.«

Einen Tag nach dem Treffen mit Dorac hält Frankreichs Präsident Macron eine große EU-Rede. Der Satz, der am Ende allen im Kopf bleibt, lautet: »Europa kann sterben.« In Doracs Logik qualifiziert sich Macron als Westernheld: Ein Visionär kommt nach Brüssel und räumt auf.

Für Olaf Scholz lässt sich hingegen auf europäischer Bühne kein Genre finden. Er erinnert eher an einen Schauspieler, der gar nicht erst aus der Garderobe kommt. Gemeinsam ist der Methode Macron und der Methode Scholz, dass sie für die EU mittlerweile werben wie für ein Rettungsfloß. China, Putins Russland und der Klimawandel sind der Bedrohungshorizont, vor dem Länder allein nicht mehr bestehen können. Selbst die EU-Befürworter arbeiten mit Angst: Sie verkaufen die EU nicht mehr als Freiheitsprojekt, sondern als Trutzburg in gefährlichen Zeiten.

2018 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung eine große Studie zu Populismus und Nostalgie in Europa. Es war ein halbes Jahr vor der Europawahl, auch damals war das alles dominierende Thema der Aufstieg der Rechten. Laut Studie stimmte die klare Mehrheit der Europäer (67 Prozent) der Aussage zu: »Die Welt war früher ein besserer Ort.« Und je nostalgischer ein Wähler auf die Vergangenheit blickt, desto eher wählt er rechts oder konservativ.

Dennoch lehnen die Nostalgiker die EU nicht grundsätzlich ab. Sowohl in der Gruppe der Nostalgiker als auch in der Gruppe der Nichtnostalgiker stimmte die große Mehrheit zu, dass ein Verbleib in der EU sinnvoll sei. Die Autorinnen der Studie kommen zu dem Schluss, dass Politiker aller großen Parteien gut beraten wären, Nostalgie nicht zu verteufeln. Die Kernfrage für eine Politik, die nicht nur technokratische Lösungen biete, sondern auch zu emotionaler Identifikation einlade, müsse lauten: Wie können politische Eliten über die Zukunft reden, damit ein Gefühl der Hoffnung bleibt und nicht nur eines der Angst? Und wie könnte die Vergangenheit helfen, Hoffnung zu schöpfen?



Die Antworten werden sich von Mensch zu Mensch, von Land zu Land unterscheiden. Und nicht immer werden es rechte Populisten sein, die mit einem Aufbruch im Rückwärtsgang punkten können.

Als im vergangenen Herbst nach acht Jahren die konservativ-nationalistische PiS-Regierung in Polen abgewählt wurde, hatte das nicht nur damit zu tun, dass es der Opposition gelungen war, sich einig und vertrauenswürdig zu zeigen. Es lag auch daran, dass eine Mehrheit im Land begonnen hatte, ein altes Gefühl schmerzlich zu vermissen. Das Gefühl von Zusammenhalt über politische Gräben hinweg. Und das Gefühl, in einem Staat zu leben, der nicht nur der herrschenden Partei nützt.

Während der PiS-Jahre gab es in Polen viele Orte, die sich zu Fixpunkten einer liberalen Zivilgesellschaft entwickelten. Es waren die Büros der Organisatorinnen des Frauenstreiks, es waren Theater und Bars, und es war, nicht zuletzt, eines der wichtigsten Museen des Landes: das Europäische Zentrum der Solidarność in Danzig.

Der an eine Werkhalle erinnernde Bau liegt auf dem früheren Werftgelände, auf dem 1980 der Freiheitskampf der Solidarność-Gewerkschaft begann. In der Dauerausstellung lernt man, wie die Arbeiter sich demokratisch organisierten, wie die Bewohner von Danzig sie unterstützten und wie der Solidarność-Führer Lech Wałęsa den Gratulationsanruf der Nobelpreiskommission verpasste, weil er gerade Pilze sammeln war.

Man versteht, dass der Fall der Berliner Mauer durch die Vorarbeit und die Entschlossenheit der Menschen in Danzig möglich wurde. Weil sie 1980 die erste freie Gewerkschaft des Ostblocks gründeten und weil dank ihres Drucks 1989 die ersten halbwegs freien Wahlen im kommunistischen Polen durchgeführt wurden.

»Wenn Sie Hoffnung in der Vergangenheit suchen, dann sind Sie hier genau richtig!« Basil Kerski breitet seine Arme aus. Seit 2011 leitet der 54-Jährige das Solidarność-Zentrum. Ein Blick aufs Gestern, aus dem sich ein humanistisches Morgen entwickeln lässt, das ist Kerskis Welt. Unter ihm ist das Museum zu einem Rückzugsort für Idealisten geworden. Und zum Symbol des Neuanfangs: Einen seiner wichtigsten Wahlkampftermine veranstaltete Tusk im August 2023 bei Kerski im Museumsfoyer. Und als 2019 ein politisch Verblendeter den Danziger Bürgermeister Paweł Adamowicz



auf offener Bühne ermordete, fanden Familie, Freunde und Trauernde aus dem gesamten Land hier im Museum zusammen. An Adamowicz' Sarg.

Für Kerski ist der Wahlsieg des liberal-konservativen Donald Tusk mehr als nur ein Regierungswechsel. »Manchmal, wenn es ernst wird, haben wir in Polen diese Fähigkeit, uns mit Wucht gegen die Verhältnisse aufzulehnen.« Die Wucht, die Kerski meint, zeigte sich in der Rekordwahlbeteiligung und in den Massenprotesten für den Schutz der Verfassung und der Frauenrechte. Bei diesen Protesten begann vor ein paar Jahren ein altbekanntes Logo aufzutauchen: der Schriftzug der Solidarność-Gewerkschaft. »Junge Menschen, die kaum noch etwas wissen über das Polen der Achtzigerjahre, merkten auf einmal, dass ihr Kampf für eine offene Gesellschaft auf den Schultern der Arbeiter in Danzig aufbaut.«

Diese Erinnerung an die Entschlossenheit aus anderen Zeiten könne Menschen stark machen, glaubt Kerski. Nach dem Fall der Mauer habe sich ein falsches Klischee durchgesetzt: »Es wurde erzählt, der arme Osten habe sich dem reichen Westen angeschlossen. Aber in Polen, Tschechien oder im Baltikum haben die Menschen für die Freiheit Europas gekämpft. Sie haben schon damals vor dem russischen Imperialismus gewarnt und ihm friedlichen Protest entgegengestellt.«

Vor genau 20 Jahren traten Polen und neun weitere europäische Länder der EU bei. Polen war, neben Ungarn, das erste EU-Mitglied, in dem eine rechtspopulistische Regierung mit einem autoritären Staatsumbau begann. Und es ist nun das erste europäische Land, in dem die Bevölkerung an der Wahlurne diesen Prozess aufgehalten hat.

Basil Kerski nennt den Sieg der Opposition um Tusk eine »friedliche Revolution«. Weil der Kampf für die Demokratie zu einer Massenbewegung geworden war, ein wenig wie im Revolutionsjahr 1989. Und so wie 1989 sei es auch diesmal nicht nur um Polen oder die Länder östlich von Berlin gegangen. Sondern um ein Signal für ganz Europa. Es gibt ein Erstarren der rechten Parteien. Doch eine unvermeidliche rechte Dominanz gibt es nicht.